

ARBEITGEBER BLOCKIEREN AUCH IN DER ZWEITEN RUNDE

Kein Angebot

Die Arbeitgeber haben erneut ein Angebot verweigert. „Wir geben nichts“, sagten sie auch in der zweiten Verhandlung am 10. März in Darmstadt. Das sagten sie zu allen drei Forderungen. Die nächste Runde ist am 27. März.

„Lohnerhöhungen oberhalb des Produktivitätszuwachses vernichten Arbeitsplätze.“ So die schlechte Antwort der Arbeitgeber auf unsere Fünf-Prozent-Forderung. Da sie den Produktivitätszuwachs mit 1 bis 1,2 Prozent beziffern, heißt das: Die Einkommen sollen geringer zulegen als die Preise. „Reallohnsenkung kommt nicht in Frage“, versuchte Arbeitgeber-Verhandlungsführer Heinrich A. Fischer zwar gut Wetter zu machen. Ihr Vortrag jedoch ließ keinen anderen Schluss zu. Unser Verhandlungsführer Armin Schild hat deshalb wie zuvor über 250 Metallinnen und Metaller vor dem Verhandlungslokal die Fünf-Prozent-Forderung bekräftigt.

„Wir sind nicht dagegen, wenn es passt“, meinte Fischer zu der Forderung, den Tarifvertrag Vermögenswirksame Leistungen neu abzuschließen. Aber kosten dürfe es nichts. Was Blockade auch bei dieser Forderung heißt. Und was auch heißt, dass sie „eine Spaltung der Belegschaften betreiben“, wie Armin Schild den Arbeitgebern vorwarf. Denn seit



Für fünf Prozent: Über 250 Metallinnen und Metaller trommelten, piffen und klatschten vor dem Verhandlungslokal

Auslaufen des Vertrags müssen Neueingestellte auf die 319 Euro pro Jahr verzichten.

„Freiwillig tun wir es nicht“, lehnte Fischer einen Tarifvertrag zu Innovation und Qualifizierung abermals rundweg ab. Er sei „überflüssig und bürokratisch“. Dem widersprach unser Tarifexperte Kay Ohl mit Hinweis auf unsere Betriebsräte-Befragung (s. Rückseite). Deren Resultate lassen nur einen Schluss zu: Im Interesse nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit ist ein IQ-Vertrag dringend nötig.

Und es kam noch dicker: Die Arbeitgeber wollen ein Angebot nur vorlegen, wenn eine zweijährige Laufzeit vereinbart ist. Und wenn sie massiv in Leistungen einschneiden können. So wollen sie sich Neueinstellun-

gen mit niedrigerem Entgelt und längerer Arbeitszeit von den Beschäftigten bezahlen lassen. Sie wollen Leistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld für betriebliche Abweichungen öffnen. Und sie wollen für Teile der Belegschaften aus „produktionsfernen“ Bereichen einen Extra-Tarifvertrag mit schlechteren Bedingungen. „Diese Zumutungen lehnen wir ab“, sagte Armin Schild.

„Die Arbeitgeber wollen nichts geben und das für zwei Jahre“, fasste er die Runde zusammen. „Wenn wir sie auch in der dritten Runde nicht mit Argumenten überzeugen können, werden wir sie ab 29. März, null Uhr, mit betrieblichem Druck überzeugen müssen“, glaubt er kaum noch an Annäherung innerhalb der Friedenspflicht.

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nach dem Willen der Arbeitgeber sollen eure Einkommen geringer zulegen als die Preise. Ihr sollt real verlieren. Das sei nötig, um Beschäftigung zu sichern, sagen sie. Wäre das so, müsste etwa das Land Thüringen mit dem bundesweit niedrigsten Lohnniveau bei der Beschäftigung an der Spitze aller Länder stehen. Aktuell 220 900 Arbeitslose dort und eine Arbeitslosenquote von 18,1 Prozent sind der Gegenbeweis.



Es ist eine Unverschämtheit, Reallohnverlust abstrakt nicht zu wollen und konkret anzustreben. Und als ob das nicht schon reichen würde, koppeln die Arbeitgeber daran auch noch Bedingungen. So sollen Neueingestellte weniger verdienen und länger arbeiten. Leistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld wollen sie betrieblich variieren können. Statt sich immer aufs Neue zu überlegen, wie sie euch Geld aus den Taschen ziehen können, sollten die Arbeitgeber sich um Zukunftssicherung kümmern. Wie notwendig das ist, belegt unsere Umfrage bei Betriebsräten zu Innovation und Qualifizierung. Einen Tarifvertrag hierzu haben die Arbeitgeber jedoch abermals als überflüssig zurückgewiesen. Es bleibt dabei: Die Arbeitgeber blockieren, sie reagieren nur auf Druck in den Betrieben.

Euer Armin Schild

Bald geht's los!

Das Ende der Friedenspflicht rückt näher und noch immer kein Angebot. Wir müssen uns also darauf vorbereiten, Druck zu machen und für Warnstreiks zu mobilisieren. Höhepunkt der Vorbereitungen sind Veranstaltungen am 21., 22. und 24. März.



Auftakt 2004 in Rheinland-Pfalz: Auch 2006 Arbeitgebern den Marsch blasen

Metallerinnen und Metaller aus **Rheinland-Pfalz** machen in der Woche vor Ende der Friedenspflicht den Auftakt. Sie kommen am 21. März, 17 Uhr, im CongressForum in Frankenthal zusammen. Hauptredner sind Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, und Bezirksleiter Armin Schild. Außerdem werden Kolleginnen und Kollegen über die Vorbereitun-

gen in „ihren“ Betrieben berichten.

Metallerinnen und Metaller aus **Hessen** sind für den 22. März, 17 Uhr, zur Veranstaltung im Saalbau Frankfurt-Griesheim aufgerufen. Ausgenommen die Nordhessen. Sie fahren am 23. März zur Thüringer Mobilisierungsveranstaltung nach Erfurt. Auch in Frankfurt sind Berthold

Huber und Armin Schild die Hauptredner. Auch hier werden Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben berichten.

Am 24. März wird im **Saarland** mobilisiert. Hier steht eine Demo ab Staatskanzlei in Saarbrücken ab 14.30 Uhr am Anfang. Die Demo führt zur Veranstaltung in der „Garage“. Hauptredner ist Armin Schild.

BETRIEBSRÄTEBEFRAGUNG ZU INNOVATION UND QUALIFIZIERUNG

Gefährliche Defizite

„Viele Unternehmen verdienen bei Innovation und Qualifizierung die Note mangelhaft.“ So Bezirksleiter Armin Schild zum Gesamtergebnis einer Umfrage im Bezirk, an der sich 323 Betriebsräte beteiligt haben. Hier die wichtigsten Einzelergebnisse.

→ Mehr als ein Viertel der Betriebe informiert nicht regelmäßig über die Unternehmensplanung und kommt damit der gesetzlichen Informationspflicht nicht nach. In Klein- und Mittelbetrieben ist das Defizit besonders groß. In Unternehmen, die ihrer Informationspflicht nachkommen, sagen über 80 Prozent der Betriebsräte: Wir haben zu wenig Einfluss

auf die Unternehmensplanung.

→ In fast einem Drittel der Unternehmen vermissen Betriebsräte eine für die Zukunft unerlässliche Analyse der Marktentwicklung. Auch hier ist das Defizit in Klein- und Mittelbetrieben besonders groß.

→ In dem für die Zukunftssicherung wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung investieren nur knapp drei Viertel der Unternehmen. In Kleinbetrieben bis zu 100 Beschäftigten ist nicht einmal die Hälfte in diesem Bereich aktiv.

→ Nur jedes zweite Unternehmen betreibt eine für die Sicherung seiner Existenz und die der Arbeitsplätze erforderliche Personal- und Qualifizierungsplanung. Von den kleineren Unter-

nehmen sogar nur jedes dritte. Und selbst dort, wo es solche Planungen gibt, bestehen erhebliche Defizite: In nur der Hälfte dieser Unternehmen hat der Betriebsrat Einfluss hierauf, mehr als ein Drittel ignoriert Qualifizierungswünsche der Beschäftigten.

→ In mehr als einem Viertel der Betriebe sind Maßnahmen zur Qualifizierung überhaupt nicht oder nur unregelmäßig anzutreffen. Je kleiner der Betrieb desto größer das Defizit. In fast 50 Prozent der Betriebe, in denen es solche Maßnahmen gibt, sind Frauen nicht entsprechend ihrem Anteil daran beteiligt. Ebenfalls in fast 50 Prozent der Betriebe sind dies Maßnahmen für ausgesuchte Beschäftigte.

TERMINE

So geht es weiter

15. und 16. März: Betriebspolitisches Forum des Bezirks zu Innovation und Qualifizierung

21. März bis 24. März: Mobilisierungsveranstaltungen für die Zeit nach Ende der Friedenspflicht

27. März: Dritte Verhandlung

28. März, 24 Uhr: Die Friedenspflicht endet

LOHNRAHMEN II

Warnstreiks in Baden-Württemberg

Über 50 000 Beschäftigte sind seit 1. März in Baden-Württemberg in Warnstreiks für den Lohnrahmen II gezogen. Dieser von den dortigen Arbeitgebern gekündigte Vertrag regelt u. a. die „Steinkühler-Pause“. Sie beträgt fünf Minuten pro Stunde plus drei Minuten persönliche Bedürfniszeit, gilt für rund 92 000 Beschäftigte an Bändern und im Akkord und wurde 1973 in der Zeit des damaligen Bezirksleiters Franz Steinkühler erstreikt. Hinzu kommen weitere Mindestbedingungen bei der Gestaltung von Takt- und Fließbandarbeit. Diese Erfolge für eine humanere Arbeitswelt wollen die Arbeitgeber zurückdrehen. Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, hat erklärt: Es wird keinen Abschluss ohne Neuregelung des Lohnrahmens II geben.



Stress lass nach: Protest gegen Kündigung des Lohnrahmens II